



Bergen wird Garnisonsstandort der Bundeswehr :

414 wird die neue Hausnummer der Bundeswehr in Bergen!



Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen hat die Stationierung des Panzerbataillons 414 in Bergen am gestrigen Donnerstag in Berlin genehmigt. Dazu erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte:

„Jetzt ist es amtlich. Die Bundeswehr wird in Bergen ein Panzerbataillon aufstellen. Verteidigungsministerin

beheimatet.

Noch offen ist die Entscheidung, ob sich die niederländischen Streitkräfte an dem Bataillon beteiligen werden. Henning Otte befürwortet eine internationale Komponente, gerne mit den Niederländern, aber auch mit anderen europäischen Partnern. „Die Kaserne in Bergen und der NATO-Übungsplatz ermöglichen ein gutes Aufwuchspotenzial für ein Panzerbataillon mit internationaler Komponente“, so Henning Otte.

Bergen wird mit dem Panzerbataillon 414 und dem NATO-Übungsplatz eine wichtige Rolle für die Sicherheit Deutschlands einnehmen. Gepanzerte Kräfte sind angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage ein wichtiger Baustein zur Verteidigungsbereitschaft des Landes. Und natürlich muss der Einsatz dieser Kräfte auch geübt werden. Bereits in diesem Sommer wird es in Bergen eine Großübung geben, bei der alle Kräfte, der sogenannten Speerspitze, die Verlegung der Truppe üben werden. Deutschland beteiligt sich in diesem Jahr mit bis zu 2.700 Soldaten an der Speerspitze der NATO. Die

Entscheidung für den Ausbau des Standortes Bergen bietet der Bundeswehr in der Zukunft daher ganz neue Perspektiven. Bergen ist für die Bundeswehr zu einem unverzichtbaren Standort geworden und für unseren Landkreis ein dritter Großstandort und zusätzlicher Arbeitgeber.“



Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen hat grünes Licht für das Panzerbattailon 414 in Bergen gegeben.

Foto: Flasche

Dr. Ursula von der Leyen hat am Donnerstag grünes Licht für Bergen gegeben. Damit ist der Weg frei für den neuen Großstandort Bergen mit über 1.000 Soldatinnen und Soldaten. Auch die Bezeichnung - Panzerbataillon 414 - steht bereits fest. „Mit der Aufstellung des Bataillons in Bergen wird noch in diesem Jahr begonnen“, so Henning Otte.

Ab 2016 wird die Bundeswehr die Kaserne in Bergen komplett übernehmen. Zusätzlich zum Panzerbataillon 414 ist in Bergen zukünftig die Truppenübungsplatzkommandantur und die Bundeswehrfeuerwehr des Truppenübungsplatzes Bergen, das Bundeswehrdienstleistungszentrum Bergen sowie die Übungsgruppe aus dem Lager Oerbke

Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Dialogverfahren bestätigt Position	Seite 3
Deutsche Feuerwehr-Ehrenmedaille	Seite 4
Dienst in der Bundeswehr wird attraktiver	Seite 5

Neues aus dem Bundestag

Gesetz zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe, der sogenannten Pkw-Maut, haben wir in 1. Lesung beraten.

Zweites Verkehrsteueränderungsgesetz (VerkehrStÄndG 2). Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in 1. Lesung beraten haben, sieht Entlastungen bei der Kfz-Steuer vor, die der Höhe der neuen Infrastrukturabgabe entspricht. Damit wird eine Doppelbesteuerung verhindert und der Übergang von der steuerfinanzierten zur nutzerfinanzierten Infrastruktur ermöglicht. Daneben sollen technische Anpassungen bei der Kfz-Steuer umgesetzt werden, die aus der Übernahme der Verwaltung der Kfz-Steuer durch den Zoll zum 1. Juli 2014 resultieren.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM Mali. Nach abschließender Beratung lag der Antrag der Bundesregierung, den deutschen Beitrag zu der weiter bestehenden EU-geführten Ausbildungsmission in Mali zu verlängern, zur namentlichen Abstimmung vor. Wenngleich sich die Lage in Mali verbessert hat, ist der Norden des Landes noch nicht befriedet und noch immer leiden das Land und seine Bevölkerung unter den Folgen der Auseinandersetzungen mit den radikalen Islamisten. Mehr als 200.000 Menschen befinden sich auf der Flucht. 2,8 Mio. Menschen in ganz Mali haben keine verlässliche Lebensmittelversorgung. Die Mission zielt daher darauf ab, die malische Regierung bei der fortschreitenden Stabilisierung des Landes zu unterstützen. Insbesondere muss das malische Militär in die Lage versetzt werden, selbst die Sicherheit im Land gewährleisten zu können. Die deutschen Streitkräfte leisten hierzu im Rahmen der Mission mit Ausbildung und fachlicher Beratung einen wesentlichen Beitrag. Da Deutschland ab August die Führungsverantwortung der Mission übernehmen soll, wurde außerdem die Mandatsobergrenze auf bis zu 350 Soldaten angehoben.

Portugal; Vorzeitige teilweise Rückzahlung von IWF-Finanzhilfe; Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 3 Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes. Wir haben dem Antrag der Bundesregierung zugestimmt, Portugal eine einmalige Genehmigung zur vorzeitigen Teilrückzahlung seiner Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF zu genehmigen.

Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes. Der Gesetzentwurf, den wir in 1. Lesung beraten haben, soll die notwendige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und die umweltpolitische Lenkungswirkung der Lkw-Maut sicherstellen und vertiefen. Hierzu soll die Mautpflicht zum 1. Juli 2015 auf weitere 1.100 Kilometer vierstreifiger Bundesstraßen



ausgedehnt und die Mautpflichtgrenze zum 1. Oktober 2015 von 12 auf 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht abgesenkt werden.

Finanzhilfen zugunsten Griechenlands; Verlängerung der Stabilitätshilfe Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 3 Absatz 1 i. V. m. § 3 Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes auf Verlängerung der bestehenden Finanzhilfefazilität zugunsten der Hellenischen Republik. Wir haben den Antrag beraten und beschlossen, das Hilfsprogramm für Griechenland für bis zu vier Monate zu verlängern.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten (GVVG-Änderungsgesetz-GVVG-ÄndG). Wir haben in 1. Lesung einen Gesetzentwurf beraten, der die Resolution der Vereinten Nationen vom 24.9.2014 in deutsches Strafrecht umsetzen soll. Die vorgeschlagenen Änderungen ergänzen das bestehende Instrumentarium hinsichtlich der Strafbarkeit einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Insbesondere soll das Gesetz Voraussetzungen dafür schaffen, Dschihadisten, die sich bewaffneten Kämpfern etwa in Syrien oder dem Irak anschließen wollen, wirkungsvoll verfolgen und inhaftieren zu können. Schon die Absicht, sich in einem Terrorcamp ausbilden zu lassen, ist strafbar. Gleiches gilt für den Versuch einer Reise, wenn diese in der Absicht unternommen wird, eine schwere staatsgefährdende Straftat zu begehen oder eine solche vorzubereiten. Zudem werden die Vorschriften gegen die Finanzierung terroristischer Straftaten in einer neuen Norm zusammengefasst.

Position gegen den Variantenneubau durch das Dialogverfahren bestätigt

Der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) sieht es als gutes Zeichen für die weitere Planung des Schienen-Hafenhinterlandverkehrs an, dass nun offensichtlich überparteilicher Konsens in der Zielrichtung hergestellt werden konnte. Otte, der sich von Anfang an gegen einen Variantenneubau ausgesprochen hatte, begrüßt, dass auch die verkehrspolitische Sprecherin der SPD offensichtlich exakt für die gleiche Alternativplanung zur Optimierung des Schienenverkehrs ohne notwendigen Variantenbau werbe, die Henning Otte bereits im November 2014 vorgestellt hat.

Wesentlich sei darin die frühzeitige Entflechtung des Hafenhinterlandverkehrs. Das Konzept beruhe im Kern darauf, dass drei Korridore zu nutzen sind. Vom mit Abstand wichtigsten deutschen Seehafen Hamburg sollte der Verkehr von der wichtigen Zielrichtung Süddeutschland und Südosteuropa bereits bei Uelzen nach Stendal mithilfe der geplanten Ertüchtigung der Amerikalinie abgeleitet werden. Im Osten Deutschlands bestehen noch erhebliche Kapazitätsreserven. Mit einem zweigleisigen Ausbau zwischen Rotenburg (Wümme) und Verden sowie zwischen Nienburg und Minden kann der Verkehr Richtung Rhein-Ruhrschiene organisiert werden. Beide Strecken umgehen die Engpässe Hannover/Lehrte und Bremen. Auf die Bestandsstrecke Uelzen-Celle-Hannover/Lehrte würde bei vollständiger Nutzung für den Personenverkehr nur der Verkehr gelenkt, der die



Henning Otte unterstützt die Bürgerinitiativen gegen den Trassenneubau.

Foto: Moeller

Mitte Deutschlands als Ziel hat oder den zukünftigen Mega-Hub in Lehrte.

Deutschland muss Führungsrolle in der Sicherheitspolitik übernehmen

Auf der 51. Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) wurden aktuelle Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik debattiert. Teilnehmer der dreitägigen Konferenz war auch der der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte: „Die Sicherheitslage in der Welt hat sich im letzten Jahr rasant verändert. Deutschland stellt sich seiner Verantwortung und übernimmt auch in der Sicherheitspolitik eine Führungsrolle. Wir tun dies aus der Mitte unserer Partner und Bündnisse heraus. Bei der diesjährigen Sicherheitskonferenz in München hat sich damit ein Kreis geschlossen. Im vergangenen Jahr stand die Forderung nach mehr deutscher Verantwortung im Mittelpunkt. Diesen Ruf der Partner hat Deutschland beantwortet – zuletzt mit der Unterstützung im Kampf gegen die Terroristen des ‚Islamischen Staates‘ im Irak.“

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat die neue deutsche Verantwortungsübernahme als ‚Führung aus der Mitte‘ bezeichnet. Damit trifft

sie den Kern. Deutschland gehört zu den führenden Wirtschaftsnationen der Welt und muss daher auch bereit sein, sich in der Sicherheitspolitik an vorderster Stelle zu beteiligen. In der NATO übernehmen wir diese Verantwortung durch unsere führende Rolle beim Aufbau der VJTF-„Speerspitze“. „Damit erhöhen wir den Sicherheitsdeich an der Ostgrenze der NATO und reagieren auf die offensive Außenpolitik Russlands“, so Henning Otte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Rede bei der Sicherheitskonferenz den Charakter der NATO als Wertegemeinschaft betont. Für diese Werte werden wir einstehen. Richtig ist, dass Waffenlieferungen an die ukrainischen Streitkräfte die Bemühungen um eine nicht-militärische Lösung erschweren würden. Künftig sollte der stärkeren Rolle Deutschlands in der Sicherheitspolitik auch mit einer Erhöhung des Verteidigungshaushalts Rechnung getragen werden.

Henning Otte mit der Deutschen Feuerwehr-Ehrenmedaille ausgezeichnet

Der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) wurde mit der Deutschen Feuerwehr-Ehrenmedaille des Deutschen Feuerwehrverbandes ausgezeichnet.

Damit zeichnete der Präsident Hans-Peter Kröger den Bundestagsabgeordneten und verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Würdigung hervorragender Leistungen auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens aus. Otte erhielt diese Medaille auf der Dienstversammlung des Kreisfeuerwehrverbandes in Uelzen durch den Regierungsbrandmeister Dieter Ruschenbusch. Ruschenbusch dankte in seiner Verleihungsrede Henning Otte für seine Verdienste für das Deutsche Feuerwehrwesen. Besonders erwähnte Ruschenbusch sein Engagement für die Kinderfeuerwehren, der Gründung der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) in Celle-Scheuen sowie auf Bundesebene als Ansprechpartner und Unterstützer für das Feuerwehrwesen, z.B. Bundesfahrzeuge der Feuerwehren für den Katastrophenschutz.

Für die Kinderfeuerwehren im Landkreis Uelzen konnten Ruschenbusch und Otte zusammen vergan-

genes Jahr bei einer Benefizaktion 1000 Euro sammeln und den Nachwuchskräften überreichen. Eine ähnliche Aktion könnte sich Otte für die Kinderfeuerwehren im Landkreis Celle vorstellen. Zu den ersten Gratulanten gehörte auch der Leiter der NABK Oliver Moravec (siehe Foto links).



Zu Gast im politischen Berlin



Eine Besuchergruppe aus Celle und Uelzen erkundet das politische Berlin.

Foto: BPA

Die CDU-Kreistagsfraktionen sowie die CDU-Kreisvorstände und Bürgermeister aus den Landkreisen Celle und Uelzen besuchten kürzlich auf Einladung des heimischen Bundestagsabgeordneten Henning Otte das politische Berlin. Im Mittelpunkt stand dabei bei einem Gespräch im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die Zukunft der wichtigen Verkehrsprojekte im Wahlkreis wie die Ortsumgehung Celle

und die A39 sowie auch der Ausbau der Breitbandversorgung. Außerdem besuchte die Gruppe das Bundeskanzleramt, den Sitz des Bundespräsidenten, Schloss Bellevue, das Bundesverteidigungsministerium und die STASI-Gedenkstätte Normannenstraße. Beim obligatorischen Besuch der Kuppel des Reichstagsgebäudes konnten die Gäste den Blick über die Hauptstadt schweifen lassen.

Dienst in der Bundeswehr wird attraktiver

Der Deutsche Bundestag beschließt Artikelgesetz

Der Bundestag hat am Donnerstag das Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr beschlossen. Dazu erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Henning Otte:

„Sprichwörtlich bis zur letzten Minute wurde um einzelne Maßnahmen gerungen, und das mit Erfolg. Dem Ziel, die Bundeswehr zu einem der attraktivsten Arbeitgeber Deutschlands zu machen, sind wir ein großes Stück näher gekommen. Neben den Verbesserungen in der Bezahlung, wie z.B. Erhöhung des Wehrsoldes, und der Versorgung wird es zukünftig auch eine Arbeitszeitverordnung geben, die es den Soldaten erlauben wird, die Vereinbarkeit von Dienst und Familie außerhalb von Einsätzen wesentlich zu verbessern. Ziel ist es, weiterhin qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten.“

Durch das Aussetzen der Wehrpflicht, und auch durch den demografischen Wandel, wird der steigende Fachkräftemangel auch vor den Streitkräften nicht Halt machen. Die Unionsfraktion hat aus diesem Grund intensiv um die nötigen Verbesserungen gekämpft. Zukünftig wird die Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 20 Prozent angehoben. Damit wird ein spürbarer Effekt erreicht und die Altersversorgung von Zeitsoldaten an Arbeitnehmer angeglichen. Eine Verbesserung wird es auch für Soldatinnen geben. Diese werden während des Mutterschutzes ihr volles Gehalt weiter erhalten.



Henning Otte spricht im Deutschen Bundestag zum Attraktivitätsgesetz.

Foto: Screenshot www.bundestag.de

Eine weitere wichtige Änderung ist die Rückdatierung des Stichtages für das Einsatzversorgungs-Verbesserungsgesetz. Mit dem neuen Stichtag sind nun alle einsatzversehrten Soldaten rechtlich abgesichert. Aber auch für die Zeit nach der Bundeswehr gibt es Verbesserungen. Der Berufsförderungsdienst unterstützt nach einer mehrjährigen Dienstzeit bei der Eingliederung in den zivilen Arbeitsmarkt. Künftig wird allen Soldaten die Möglichkeit der Weiterbildung auch nach der Dienstzeit zur Verfügung stehen.

Der Gesetzgebungsprozess hat auch dazu geführt, dass auf Initiative der Fraktion das Zulagenwesen der Bundeswehr einer grundlegenden Überprüfung unterzogen wird. Hierzu soll eine Kommission eingesetzt werden, die Vorschläge zur Anpassung erarbeitet.

Mit den Verbesserungen schaffen wir eine Steigerung der Attraktivität für den Beruf des Soldaten, der kein Beruf ist wie jeder andere.“

Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Anna Viefhues



Sophie von Magnis



Dr. Svend Moeller



Uwe Moldenhauer

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20
Fax 030 / 227 – 7 63 20
Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle

Südwall 26
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98
Fax 0 51 41 / 68 83
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Büro Uelzen

Celler Str. 1
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 9 71 25 43

Fax 05 81 / 157 36
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und ViSdP.:
Henning Otte, MdB

